

Wie das internationale Finanzsystem Zukunft kontrolliert

Autor(en): **Madörin, Mascha**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **18 (1998)**

Heft 36

PDF erstellt am: **19.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-652194>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Wie das internationale Finanzsystem Zukunft kontrolliert

Geld im Kapitalismus bedeutet Verfügungsgewalt über zukünftige Möglichkeiten, über früher Erarbeitetes und über schon bestehende ökonomische Ressourcen wie beispielsweise Arbeitskräfte, Rohstoffe oder Gene. Das Eigentum in der heutigen Form, ohne das die heutige Geldwirtschaft nicht möglich wäre, beinhaltet nicht nur ein aktuelles Nutzungsrecht, sondern auch zukünftige Verfügungsgewalt. Die Kapitalisierung von Werten an der Börse und im Finanzsystem generell hat schon immer bedeutet, dass Vergangenheit und Zukunft auf die Gegenwart umgerechnet werden. Es handelt sich um die Projektion von vergangenen und zukünftigen Werten in einen virtuellen Preisraum, der aus scheinbar realen Preisen besteht. Es geht an Börsen, was den Handel mit Zukunft anbelangt, um den Handel mit noch nicht Vorhandenem, beispielsweise mit Gold, das ein Kilometer unter der Erdoberfläche liegt, oder mit Zinsen, die vielleicht in zwei Jahren eintreten werden. An der Börse wird nicht nur mit vorhandenen, sondern auch mit vorweggenommenen Werten gehandelt. Letzteres ist nur möglich, wenn die Händler eine noch nicht bestehende Situation antizipieren.

Saskia Sassen, die bekannte Global City-Theoretikerin betont, dass die heutige ökonomische Internationalisierung durch eine „capability for control“ gekennzeichnet ist, in der das internationale Finanzsystem eine zentrale Rolle spielt.¹ Als „*Praxis der Kontrolle*“ nennt Sassen „den Bereich von Aktivitäten und organisatorischen Arrangements, die für die Implementierung und Aufrechterhaltung eines globalen Netzes von Fabriken, Dienstleistungsoperationen und Märkten notwendig sind. Hier verschiebt sich der Blickwinkel von der Macht grosser Konzerne, von Regierungen und Volkswirtschaften hin zur Produktion jener Inputs, die die globale Kontrollkapazität (*capability for control*) und die dafür notwendigen Arbeitsplatzinfrastrukturen konstituieren.“² Mich interessieren hier im Zusammenhang mit dieser Kontrollpraxis und Kontrollfähigkeit folgende Fragen: Welche Rolle spielt im Finanzsektor der Handel mit der Zukunft für diese „capability for control“. Wie kommt es zustande, dass Zukunft effektiv so stattfindet, wie sie im Finanzsektor mit den von Sassen erwähnten „Inputs“ antizipiert wurde? An drei Beispielen seien nun verschiedene Mechanismen diskutiert, wie die Kontrolle der Zukunft via Finanzsystem organisiert wird.

Bankability und Kontrolltechniken

Im Frühherbst 1998 hat die *Grameen Bank*, eine äusserst erfolgreiche „Bank der Armen“ in Bangladesch, für Schlagzeilen gesorgt. Für eine erste Summe von 150'000 \$, welche in den Kreditfonds der Bank für Landwirtschaftsentwicklung hätte eingeschossen werden sollen, hat sie ein Abkommen mit

dem Biotechnologie-Konzern *Monsanto* abgeschlossen. Dieser sollte bei der Kleinkreditberatung in Sachen Landwirtschaft miteinbezogen werden. Mit dem Fonds sollten Kleinkredite für die Anwendung „angepasster Umwelt-sensitiver“ landwirtschaftlicher Technologien gewährt werden, auch für Herbizide, hybride Reis- und Baumwollsorten. Monsanto gehört zu den grössten Konzernen, welche heute in die Entwicklung gentechnologischer Saatgüter investieren. Er ist führend im Verkauf von Baumwollsaatgütern. Monsanto hat zudem die Firma *Delta and Pine Land* aufgekauft, welche das Gen „Terminator“ entwickelt hat. Das Gen bringt Saatgüter innerhalb zweier Jahren dazu, die eigene Fruchtbarkeit zu zerstören. Dieses Gentechprodukt wurde von der Erfinderfirma als „technology protection system“ bezeichnet! Es handelt sich offensichtlich um die Entwicklung einer Kontrolltechnik (in diesem Fall eine sogenannte Lock-in-technology), welche verhindern soll, dass FarmerInnen eigenes Saatgut produzieren können. Die sicherste Art, sich einen Markt zu schaffen!

Nach vehementen Interventionen von seiten der Umweltorganisationen,³ hat sich die Direktion der Grameen Bank aus dem Vertrag mit Monsanto zurückgezogen. Erstens behauptete sie, keine Ahnung gehabt zu haben, welche Gefahren die neueren technischen Entwicklungen in sich bergen. Zweitens bekundete die Direktion die Absicht, bei ähnlichen Entscheiden in Zukunft mehr Nichtregierungsorganisationen beizuziehen.

Was machte für Monsanto die Armenbank mit ihren Kleinstkrediten attraktiv? Bekanntlich erhalten im konventionellen Bankensystem Personen nur dann Kredite, wenn sie mit Eigentum, Löhnen oder anderen Geldwerten den Banken eine Sicherheit garantieren können. Damit dieses „Pfandsystem“ funktioniert, braucht es einen Staat, welcher die Einhaltung der entsprechenden Verträge notfalls durchsetzt und dafür sorgt, dass die KreditnehmerInnen bei Zahlungsunfähigkeit in der Höhe der Sicherheitsgarantie enteignet werden. Eine Eigentumsgarantie können Arme nicht geben. Die Grameen-Bank löst dieses Problem mit der Organisation einer dauerhaften sozialen Kontrolle. Um einen Kredit zu erhalten, müssen sich mindestens fünf Personen zu einer Kreditgruppe zusammenschließen. Eine Person bekommt einen Kleinstkredit und muss sich regelmässig mit den andern Personen treffen und über den Gang der Geschäfte berichten. Erst wenn dieser Kredit zurückbezahlt wird, hat die nächste Person das Anrecht auf einen Kredit. Dieses System von Selbstkontrolle ist vor allem unter Frauen sehr erfolgreich. Die Rückzahlungsquote ist höher als im konventionellen Bankensystem.

Die Verbindlichkeit und Zuverlässigkeit der Rückzahlung, Voraussetzung für die „bankability“ einer Region oder eines Landes, dürften wohl die entscheidende Voraussetzung für das Interesse von Monsanto gewesen sein, bei Grameen einzusteigen. Das Problem der Kontrolle über die Verwendung von Saatgütern wäre für sie von Anfang an gelöst gewesen.⁴ Der Druck auf die Leute, sich via Kleinkreditregelungen auch an die Spielregeln von Monsanto zu halten, wäre gewährleistet gewesen. Damit wäre es auf die Dauer möglich geworden, Saatgüter einzuführen, welche die

Leute nachhaltig vom jährlichen Kauf immer neuer Saatgüter abhängig gemacht hätte. Für eine dauerhafte Verschuldung wäre damit gesorgt gewesen, ebenso für ein dauerhaftes breit angelegtes Experimentierfeld der Firma Monsanto. In der Hälfte aller Dörfer in Bangladesh gibt es KreditnehmerInnen der Grameen Bank.

Eine äusserst wirksame Technik der „capability for control“ von Monsanto wäre so in drei Schritten durch das heutige Finanzsystems ermöglicht worden: zum einen durch die Vorfinanzierung aufwendiger gentechnologischer Forschung der Firma Delta and Pine Land durch die Börse, später durch den Aufkauf dieser Firma durch Monsanto und in einem dritten Schritt durch die schon vorhandenen Kontrolltechniken, welche die Grameen Bank gegenüber ihren KreditnehmerInnen eingeführt hat. Meiner Ansicht nach wäre im gentechnologischen Bereich die sehr langfristige und finanziell aufwendige Forschung mit bisher wenig vermarktbar Resultaten unmöglich ohne die im Finanzsystem organisierte Finanzierung. Teure Techniken, welche kaum eine Verbesserung von Produkten oder Kostenersparnisse im Produktionsprozess bringen, machen ähnlich wie Kriege ökonomisch nur Sinn, wenn sie einer erweiterten Kontrolle von Märkten, ökonomischen Ressourcen oder Arbeitskräften dienen. Nebst dem Versuch, Marktkontrolle durch Ausschaltung der Konkurrenz zu gewinnen, dürfte vor allem die Entwicklung der Lock-in-Technologien (Technikfallen, Einwegtechniken) für transnationale Konzerne an Bedeutung gewinnen. Beide Arten und Weisen, Kontrolle auszuweiten, sind heute wichtige Geschäftssparten an der Börse. Ähnlich wie Krieg und Repression kostet die Praxis der Kontrolle viel Geld, was die Existenz eines potenten Finanzsektors voraussetzt.

Zukunftsangst und Katastrophendrohung

Illustrativ für den Einfluss, welchen die Börse auf die Zukunft hat, ist die inzwischen oft erzählte Geschichte des ‘Nobelpreis’-Trägers Myron S. Scholes. Er gehört dem unrühmlichen Hedge-Fund LTCM an (das Investmentunternehmen Long Term Capital Management, welches der UBS respektive der Schweizerischen Bankgesellschaft 1998 einen Milliarden-Verlust beschert hat). Scholes hatte schon 1973 eine Formel zur Bestimmung der richtigen Optionspreise miterfunden, die sog. *Black-Scholes-Formel*. Optionen sind ein klassisches Derivatprodukt: Mit einem relativ kleinen Einstandspreis kann ich mir Rechte auf die Zukunft kaufen, beispielsweise das Recht darauf, in zehn Monaten einen bestimmten Rohstoff zu einem bestimmten Preis zu kaufen, falls ich will. Die neue Optionen-Formel entlieh der Physiker thermodynamischen Modellen. Der Erfolg dieser Formel lag vorerst nicht in ihrem Realitätsgehalt, sondern darin, dass sie dank der neu aufkommenden Kleinrechner leicht angewendet werden konnte. Die Börsenmakler, vorher chronisch durch die Unabwägbarkeiten zukünftiger Preisentwicklung geplagt, konnten nun ein paar Variablen in ihren Kleinrechner tippen und heraus kam sozusagen ein „objektiver“

respektive objektivierter Gegenwartspreis für den Kauf einer Option. Der Erfolg war gross, die Berechnungsformel, die fast niemand verstand und die so schön eindeutige Resultate aus der Black-box ausspuckte, wurde von so vielen Börsenmaklern angewendet, dass sich dadurch die Verläufe des Optionenmarktes der Logik der Formel anzupassen begannen.⁵ Scholes bekam für seine Leistung peinlicherweise 1997 sogar den Nobelpreis für Wirtschaft.

Scholes und andere führende Köpfe der LTCM, die in den letzten Jahren hochkomplizierte Modelle für langfristige Derivatgeschäfte entwickelten, verursachten die Milliardenverluste, weil die in den Modellen angenommen langfristigen makroökonomischen Tendenzen und Eckdaten sich durch die Südostasienkrise veränderten. Die Firma hatte jedoch so viele Spekulationsverträge abgeschlossen, dass nun Banken mit Beiträgen von je mehreren hundert Millionen Dollar einspringen mussten, um die Firma vor dem Bankrott zu retten. Der entscheidende Punkt dabei ist, dass die Firma nach Einschätzung der US-amerikanischen Reservebank nicht bankrott gehen durfte, weil sie eine Realität mit ihren ausstehenden Derivatverträgen (mit über 200 Mrd \$) geschaffen hatte, welche nicht einfach ignoriert werden konnte. Scholes hat also zweimal mit Computerprogrammen nicht mehr wegzudiskutierende Fakten geschaffen.⁶

Der Fall Scholes wirft exemplarisch eine Reihe von Fragen hinsichtlich der Herrschaftsverhältnisse in einem System auf, in dem die Hauptakteure die Realisierung ihrer monetären Ziele in eigenen Prophezeiungen finden, die sich selbst erfüllen. Und falls sie sich nicht zu erfüllen scheinen, gibt es eine Reihe von Methoden, dafür zu sorgen, dass es so kommt, wie es kommen muss. Es gibt zwei Faktoren, die dabei entscheidend sind. Zum einen sei hier das vielzitierte Herdenverhalten der Börsenmakler genannt, welches beeinflusst, wohin Geldströme fliessen und worin sie investiert werden. Wenn beispielsweise eine neue Technologie als besonders zukunftsträchtig gilt, dann kann sie es auch werden, weil für ihre Entwicklung besonders viele finanziellen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Zum andern sind heute die Geldströme im Vergleich zu den Werten käuflicher Ressourcen seit den siebziger Jahren so viel grösser, dass kleine Veränderungen in Geldströmen enorme Konsequenzen nach sich ziehen können. Für Regierungen und Parteien, welche regieren möchten, stellt die Reaktion der Börsen daher ein „permanentes ökonomisches Tribunal“⁷ dar, egal ob seine Urteile verrückt sind oder nicht.

Wenn alle Kalküle und Einsätze nichts mehr nutzen, dann wird der Staat dazu gezwungen, die Situation zu retten. Spätestens seit der Schuldenkrise der achtziger Jahre wird bei Finanzkrisen mit Katastrophenszenarien unbekanntem Ausmasses, mit einem möglichen „internationalen Finanzcrash“ oder auf Länderebene mit Kredit- und damit Aussenwirtschaftsunfähigkeit gedroht. Etwa so wie während des Kalten Krieges mit einem möglichen Atomkrieg oder mit einem Militärputsch nationale Regierungen oder Regierungen ganzer Regionen erpresst wurden. Die Wirksamkeit solcher Drohungen ist unübersehbar. So wurden beispielsweise die Regierungen

der ersten zahlungsunfähigen lateinamerikanischen Ländern in den achtziger Jahren überzeugt, sich auf individuelle Umschuldungsverhandlungen einzulassen und sich nicht kollektiv als zahlungsunfähig zu erklären. Ihnen wurden die für sie schwerwiegenden Konsequenzen einer internationalen Finanzkrise ausgemalt und Vertreter des IWF und der USA appellierten an ihr Verantwortungsgefühl gegenüber der „internationalen Gemeinschaft“. Immer wieder dreht sich heute die Diskussion um die leider realistische, aber schwer abzuschätzende Frage, wann die Aufwendung riesiger (Steuer-)mittel und die Opferbereitschaft der breiten Bevölkerung zur Rettung von Banken und zahlungsunfähiger Länder unablässig sind. Welche enormen Kosten durch die Behebung von Finanzkrisen von Banken entstehen können, sollen folgende Beispiele illustrieren. Die Sanierung der Banken hat anlässlich von Finanzkrisen in verschiedenen Ländern den öffentlichen Sektoren folgendes gekostet: in Argentinien (1980-82) 55 Prozent des BIP (Bruttoinlandprodukt); in Chile (1981-83) 41 Prozent des BIP; in Israel (1977-83) 30 Prozent des BIP; in Finnland (1991-93) 8 Prozent des BIP; in Mexiko (1995-97) ca. 12-15 Prozent des BIP.⁸ Stellen wir uns vor, diese ökonomischen Ressourcen würden ab und zu für ökologische oder soziale Projekte zur Verfügung gestellt! Zur Kontrollfähigkeit gehört auch, sich Folgenlosigkeit kaufen respektive Katastrophen produzieren zu können und gleichzeitig über genügend Macht und Ressourcen zu verfügen, um von diesen Katastrophen profitieren zu können.

Wahrheitsmaschinen und „Herdenverhalten“

Die Börse ist, wie schon gesagt, der Ort, wo (noch) nicht vorhandene wirtschaftliche Werte in die Gegenwart projiziert und kapitalisiert werden. Dabei spielen gesellschaftliche Stimmungslagen (Der Aufschwung fängt im Kopf an!), Erwartungen und herrschende „Weltinterpretationen“ (Was ist eine zukunftsweisende Wirtschaftspolitik und Technikentwicklung?) eine zentrale Rolle. Das kann zwar generell für Investitionen gesagt werden. Investitionen sind immer Investitionen in die Zukunft und haben etwas mit Zukunftseinschätzungen zu tun. Aber es gibt grundsätzliche Unterschiede zwischen direkten Investitionen in Produktions- und Dienstleistungsstätten und Investitionen im Finanzsektor. An der Börse werden zum einen Riesensummen in zukünftige Produktion, Technologie- und damit Marktentwicklungen investiert und zwar ohne dass materielle Produktionsprozesse und Produkte als Erfahrungshintergrund dienen würden. Wesentlich einflussreicher sind hier Preise und in der Finanzfachwelt herrschende Meinungen über technische, politische und ökonomische Perspektiven. Wichtig für das Verständnis der Bedeutung von Börsen ist zum andern, dass auch Geschäfte mit makroökonomischen Perspektiven und Zusammenhängen getätigt werden, so zum Beispiel besonders ausgeprägt beim Handel mit Derivativen.

Das vielzitierte Herdenverhalten der Börsenmakler hat wohl weniger mit deren Herden- oder Geldtrieb zu tun, als vielmehr mit dem Handel mit einer reichlich ungewissen und diffusen Zukunft. Wie soll die erforderliche

Gewissheit, welche die unablässigen Entscheidungszwänge an den Börsen erfordern, gewährleistet sein? Doch wohl nur durch die massenwirksame Propagierung eindeutiger Zukunftsperspektiven, destilliert aus einem Mix von Gerüchten, politischen Nachrichten und wirtschaftswissenschaftlichen Modellen mit angeblich seriösen Aussagen. Dies dürfte der Hintergrund für die erstaunliche Durchsetzungsfähigkeit der wissenschaftstheoretisch doch ziemlich fragwürdigen neoklassischen Wirtschaftstheorien in den achtziger Jahren sein.

Hohe, *auf bestimmte Entwicklungen ausgerichtete* Investitionen, welche Erträge in einer *unbestimmten* Zukunft liefern sollten, haben zur Folge, dass es zu einem entsprechend grossen wirtschaftlichen und politischen Aufwand kommt, damit diese Zukunft der Börsianer und Investoren auch so eintritt. Darin sehe ich die Hauptaufgabe makroökonomischer Prognosemodelle. Wenn wir sie uns genauer ansehen, so muss festgestellt werden, dass ihre Prognosefähigkeit zwar miserabel, ihre wirtschaftspolitischen Effekte auf Regierungen jedoch enorm sind.⁹ Makroökonomische Theorien können im Grunde genommen nur vage Aussagen über Tendenzen machen, nicht mehr. Trotzdem werden sie wider besseres Wissen als exakte Theorie gehandelt. Zum einen lässt sich dies wissenschaftshistorisch und kulturell erklären, als Resultat veralteter naturwissenschaftlicher Weltbilder und als Denkweise, welche in der Tradition eines bestimmten Männlichkeitskultes steht und welche Teil der Reproduktion der Weltmarktelite ist. So wird der Begriff „hard“ economics für mathematische Modelle gebraucht, nichtmathematisierte theoretische Aussagen hingegen sind „soft“ oder „sissy“.¹⁰ Zum andern, denke ich, hat die mathematisch hochgezüchtete Theorie mit unterkomplexen Annahmen über die Realität nur deshalb so viel Erfolg, weil sie als zeitlose Wahrheitsmaschine gebraucht wird: Neoklassische Theorien haben, so meine These, eine ähnliche Bedeutung für die Weltmarktelite wie die Black-Scholes-Formel für die Börsenmakler, die mit Optionen handeln. Die vorherrschenden, wirtschaftstheoretisch scheinbar eindeutigen – allerdings konjunkturell fluktuierenden – „Wahrheiten“ dienen zum einen der Schaffung von „Vertrauen“ in den Finanz- und Weltmarkt, ohne welche das Finanzsystem zusammenbrechen und Investitionen nicht mehr getätigt würden. Sie dienen zum anderen der Absicherung eines bestimmten Verhaltens der MarktteilnehmerInnen und der PolitikerInnen, damit die Zukunft so wird, wie sie im Kalkül der Investoren festgelegt wurde.

Es sei hier an die absurde Debatte über die zugelassenen Staatsbudgetdefizite (nicht mehr als 3 Prozent des BIP) hingewiesen, welche bei den Verhandlungen zur Europäischen Währungsunion (EWU) zum brisanten Politikum wurde. Der ehemalige deutsche Finanzminister Theo Waigel und der Bundesbankpräsident Hans Tietmeyer haben darauf insistiert, dass die 3-Prozent-Limite genau eingehalten werden muss und zwar nicht ungefähr, sondern auf die Kommastelle genau. Es darf nicht mehr als 3,0 Prozent sein. Aus wirtschaftswissenschaftlicher Perspektive war dieses Beharren auf der Kommastelle unseriös und lächerlich. Politisch gesehen war es aber eine

meisterhafte Inszenierung einer Seriosität, die zu vermitteln hatte, wie richtig und präzise diese Konvergenz-Kriterien sind, wie schwerwiegend ihre Nichteinhaltung wäre und wie genau die Theorie ist, die diesen Konvergenzkriterien zugrunde liegt. Der einzige polit-ökonomisch begründbare Gehalt dieser Debatte ist, dass alle Staaten, welche der EWU angehören, diese 3-Prozent-Regelung fast nicht einhalten können. Die Möglichkeit, in Europa eine aktive Beschäftigungspolitik zu betreiben wird mit dieser 3-Prozent-Vorschrift stark eingeschränkt.

Eine zentrale Meinungsmacherin, welche für das Herdenverhalten in Sachen EWU-Konvergenzkriterien sorgt, ist die *Financial Times*. Seit Jahren setzt sie immer wieder neue fiktive Erzählungen und Szenarien in die Welt, wie die Börsen reagieren würden, wenn die 3-Prozent-Bedingung nicht eingehalten wird. Neuerdings hat sie eine ständige Rubrik eingeführt, die „ECB Watch“ (ECB, Europäische Zentralbank) heisst und als Logo einen Feldstecher wählte: Die *Financial Times* als Nichtregierungsorganisation, die nicht Human Rights Watch, sondern eben ECB-Watch betreibt und mit ihrer ‚zivilgesellschaftlichen‘ Kontrolle zu untermauern versucht, wie wichtig die Einhaltung der 3-Prozent-Klausel ist! Alle Finanzmarktspezialisten lesen die *Financial Times* und werden es nach Jahren wohl glauben, dass die Einhaltung der 3-Prozent-Regelung absolut entscheidend für den ökonomischen Erfolg der EWU ist. Wenn die Börsenmakler mit dieser Überzeugung ihre Geschäfte abwickeln, so wird die Prognose zutreffen, dass die Einhaltung der 3-Prozent-Klausel de facto ein wesentliches Kriterium für den ökonomischen Erfolg der EWU sein wird. Die damit möglicherweise verbundenen sozialen Krisen sollen dann als Tragik eines unlösbaren Konfliktes und bedauerlicher Folgen einer unvermeidbaren Entwicklung voller Risiken verstanden werden.

Dass in einer solchen Konstellation zeitweise selbst rotgrünen Regierungen von der *Financial Times* mehr Handlungs- und Überzeugungsfähigkeit zugetraut wird als konservativen, erstaunt nicht. Schliesslich werden sich die rotgrünen Regierungen um die „flankierenden Massnahmen für die Verlierer“¹¹ und um Regeln kümmern müssen, „welche den Marktmechanismus optimal zum Tragen bringen“ und die „Auswüchse“¹² einschränken. Das Marktoptimum als höherer Zweck wirtschaftspolitischer Regelungen gehört zum Credo neoliberaler Politik. Dass ziemlich viel suboptimal läuft und dass neue Regelungen gefunden werden müssen, stellt heute den parteienübergreifenden Konsens dar. Falls aber die sozialen Härten die Regierungen zu falschem Tun bzw. zu erhöhten Staatsausgaben verleiten, dann tritt der Zentralbankpräsident auf, der integre, unbestechliche und unparteiische Finanzmarkttechniker, dessen Aufgabe es ist, objektiven Gesetzmässigkeiten zu respektieren und das höhere (gemeinsame) Ziel der EWU im Auge zu behalten.

Dieser wirtschaftstheoretische Fundamentalismus, wie er gegenwärtig in der Mainstream-Makroökonomie zum Ausdruck kommt, hat etwas mit Zukunftsbewältigung in dem Sinne zu tun, als mit ihm eindeutige Gewissheiten produziert werden; es kann so leichter eine bestimmte Zukunft

herbeigezwungen werden, für die schon sehr viel investiert wurde. Insofern ist diese Makroökonomie und ihre Prognosen ein Machtfaktor, der Neues schafft. Und damit hat sie sehr viel mit den heutigen materiellen Bedingungen der „capability for control“ zu tun.

Ich bin deshalb, was ein Ende des Neoliberalismus angeht, um einiges weniger optimistisch als andere kritische ZeitgenossInnen. Das Eingeständnis vieler Vertreter der Weltmarktelite, dass es gegenwärtige grosse Probleme und einen Regelungsbedarf gibt, bedeutet noch nicht viel. Denn ihre Kontrollfähigkeit bildet den Hintergrund dafür, dass ihre *Allmachts-*respektive *Optimumsphantasien* nicht nur Phantastereien bleiben, sondern mindestens zum Teil – für sie selbst erfolgreich und mit verheerenden Folgen für andere – in Realität umgesetzt werden können.¹³

Anmerkungen

- 1 So schreibt Sassen: „Ich stelle fest, dass neben der vom Nationalstaat repräsentierten, eher traditionellen normativen Ordnung zwei neue Stätten der Normenbildung entstanden sind: Der globale Finanzmarkt und das internationale Menschenrechtssystem. Der globale Finanzmarkt vereinigt inzwischen genügend Macht und Legitimität auf sich, um von Regierungen Rechenschaft bezüglich ihrer Wirtschaftspolitik zu verlangen – die Krise in Mexiko hat dies unlängst illustriert. Dasselbe gilt für das internationale Menschenrechtssystem.“ Saskia Sassen, 1997: Ansätze zu einer feministischen Analyse der globalen Wirtschaft. In: Olympe, Heft 7/97, S.95, Zürich.
- 2 Saskia Sassen, 1995: Global City – Hierarchie, Massstab, Zentrum. In: Hitz et al. (Hrsg.): Capitales Fatales. Urbanisierung und Politik in den Finanzmetropolen Frankfurt und Zürich. Zürich.
- 3 Eine wichtige Rolle hat dabei Vandana Shiva gespielt. Quellen für den ganzen Abschnitt über Grameen: World News, Interpress Service 16. Juli 98; New Economics Foundation (UK) Autumn 98.
- 4 In den USA werden bei Farmern, welche gentechnologisch veränderte Saatgüter verwenden, polizeiliche Kontrollen durchgeführt, um zu verhindern, dass die Farmer selbstgepflanzte Saatgüter bei der nächsten Aussaat verwenden. Das Patentrecht verbietet ihnen das. Bei KleinbäuerInnen in Afrika und Asien wäre jedoch die Polizeivariante unmöglich. Am sichersten ist das Gen „Terminator“, das innerhalb von zwei Generationen hybride oder andere Saatgüter regenerationsunfähig macht oder eben der Ersatz der Polizei durch die soziale Kontrolle eines Kreditsystems. Das RAFI (Rural Advancement Foundation International, rafi@rafi.org) schreibt in einem Pressecommuniqué vom 7.7.98 über den Monsanto-Deal: „They have bought a cheap distribution and finance system that not only reaches into half the villages of Bangladesh but also guarantees that the poor will repay their loans. ... In Bangladesh, the Grameen credit network can do Pintertonsi (private police) work for the company at no cost“ (Internetbericht).
- 5 Siehe dazu das interessante Interview von Caroline Gerschlager mit Philip Mirowski „The lesson to be taken from this is not anything goes. Anything doesn't go in value“. In: Kurswechsel, Heft 4/1997, S. 30-39.
- 6 Financial Times 26./27. 9. 98, Washington Post 27.9.98.
- 7 Der Ausdruck stammt von Michel Foucault. Siehe zu Foucaults Vorlesungen über Neoliberalismus bei Thomas Lemke, 1997: Eine Kritik der politischen Vernunft. Foucaults Analyse der modernen Gouvernementalität, S. 239 ff., Berlin.
- 8 Helmut Reisen, Sustainable and Excessive Current Account Deficits, OECD Development Centre, Technical Papers No. 132, Feb. 1998, S.26. (Internetversion).

- 9 Lesenswert ist diesbezüglich das hämisch-böse Buch von Paul Ormerod, 1994: *The Death of Economics*, London/Boston. 1993 hat die OECD eine Studie über die Leistungsfähigkeit von Prognosen zu Wachstum und Inflation herausgegeben. Die Abweichungen von Prognosen der weltweit wichtigsten Prognoseinstitute von nachträglich tatsächlich gemessenen Werten wurden mit den Abweichungen einer Prognose ohne Modell verglichen. Diese erwies sich als mindestens so zutreffend wie die sehr weit entwickelten Prognosemodelle. Die schwere japanische Rezession anfangs der 90er Jahre wurde von keinem der Institute prognostiziert. (S. 104 ff.). Ein früherer Angestellter im englischen Treasury (Finanzministerium) hat mir erzählt, dass Frau Thatcher bei ihrem Regierungsantritt mehrere Male das Prognoseteam des Treasury auswechselte, bis die Prognosen zu ihrer Politik passten. Vgl. auch George Soros: „Was heute auf den Finanzmärkten geschieht, beeinflusst die Zukunft, die doch gerade einkalkuliert werden soll.“ (Der Spiegel, 51/98, Hamburg.)
- 10 Julie A. Nelson, 1996: *Feminism, objectivity & economics*. London /New York: Routledge, S.132/3.
- 11 So der Zwischentitel eines aufschlussreichen Interviews von Gerhard Schwarz und Kurt Pelda mit Helmut Maucher, Verwaltungsratspräsident von Nestlé in NZZ vom 28./29.11..98.
- 12 So H. Maucher a.a.O.
- 13 Natürlich hat die Asienkrise den Weltmarktkonzernen und -banken grosse Verluste gebracht. Aber gleichzeitig können sie sich zu Niedrigstpreisen nationale Unternehmen, Boden und Naturschätze in ostasiatischen Ländern kaufen, wie sie es auch seit der Schuldenkrise in Lateinamerika tun. Erst wenn eine umfassende Weltwirtschaftskrise droht, werden Krisen für die transnationalen Konzerne und Finanzunternehmen zu einem ernststen Problem.



Aktion Finanzplatz Schweiz

Die Spuren der Herren Mobutu, Marcos und Co. im Finanzplatz Schweiz sind hartnäckig.

WIR SIND ES AUCH ...

... jedenfalls mit Ihrer Unterstützung, zum Beispiel als

- o LeserIn der Finanzplatz Informationen (ABO Fr. 30.-)
- o Einzelmitglied der AFP (ABO inklusive, Fr. 40.- pro Jahr)
- o Mitglied des Alternativen 10er Clubs (mind. Fr. 10.-/Mt.)
- o Trägerschaftsorganisation (mindestens Fr. 200.-).

AFP Aktion Finanzplatz Schweiz, Drahtzugstrasse 28, CH-4057 Basel, Tel 061 693 17 00, Fax 061 693 22 32, PC 80-38012-4